

### Strukturwandel und Wirtschaftsentwicklung

Vullhorst, Udo

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Vullhorst, U. (2012). Strukturwandel und Wirtschaftsentwicklung. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, 4, 49-54. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-407351>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Strukturwandel und Wirtschaftsentwicklung

Udo Vullhorst

Baden-Württembergs Wirtschaftsstruktur ist im Bundesvergleich geprägt durch einen überdurchschnittlich hohen Wertschöpfungsanteil der Industrie, die sich überdies auch durch eine hohe Forschungs- und Wissensintensität auszeichnet. Diese Strukturmerkmale sind das Resultat eines Entwicklungsprozesses, der in landesspezifischen Voraussetzungen wurzelt. So haben sich beispielsweise die geringe Ausstattung mit natürlichen Ressourcen oder der anfangs noch über dem Bundesdurchschnitt liegende Anteil der Landwirtschaft keinesfalls als Entwicklungsnachteil herausgestellt – ganz im Gegenteil. Die spezielle Wirtschaftsstruktur schlug sich über die vergangenen 6 Jahrzehnte insgesamt auch in einer relativ hohen Wachstumsdynamik nieder. Wie sich die gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse für den Südwesten Deutschlands entwickelt haben – sei es hinsichtlich der Wirtschaftsstruktur, sei es hinsichtlich des Wachstums – soll im Folgenden skizziert werden, wobei ein Schwerpunkt in der Anfangszeit und deren Bedingungen liegen soll.

## Die Ausgangssituation vor der Gründung Baden-Württembergs

Wie wurde Baden-Württemberg ökonomisch, was es ist? Im Hinblick auf die Wirtschaftsentwicklung lohnt es sich, auf dem Zeitstrahl weiter als 6 Jahrzehnte zurückzugehen. Noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts wäre für einen damaligen Beobachter nicht unbedingt absehbar gewesen, welche Wirtschaftsstruktur für den Südwesten Deutschlands ein gutes Jahrhundert später charakteristisch sein würde. So war das Gebiet des heutigen Baden-Württemberg noch stark agrarisch geprägt. Im Jahr 1882 lebten fast die Hälfte der Bevölkerung von der Land- und Forstwirtschaft und rund ein Drittel von der Industrie, wobei der Unterschied zwischen Baden und Württemberg kaum erheblich war. Im zum Königreich Preußen gehörenden Hohenzollern, dessen Bevölkerungszahl freilich nur ein Fünfzigstel der anderen beiden Landesteile zusammen betrug, belief sich das Verhältnis sogar auf ungefähr zwei Drittel zu einem Viertel. Entsprechend gering war der Anteil der Dienstleistungen.

Im Deutschen Reich insgesamt war das Gewicht des Agrarsektors etwas geringer als im Gebiet des heutigen Baden-Württemberg, dafür das der Industrie etwas höher.<sup>1</sup> Der Strukturwandel schritt allerdings voran. Schon 1907 bestritten mehr Einwohner ihren Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit in der Industrie als aus der Landwirtschaft, und zwar im Südwesten wie im Reich insgesamt.<sup>2</sup> Kurz vor der Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg, im Jahr 1950, lagen diese Anteile nach den Ergebnissen der Berufszählung bei 17 % für den primären Sektor und bei 42 % für den sekundären Sektor. Damit hatte die Land- und Forstwirtschaft, aber auch Industrie und Handwerk im Land ein stärkeres Gewicht als im Bundesdurchschnitt.<sup>3</sup>

## Von der Agrar- über die Industriegesellschaft – zur Dienstleistungsgesellschaft?

Die sinkende gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors spiegelt sich auch in der Entwicklung der Wertschöpfungsanteile wider (*Schaubild 1*).<sup>4</sup> Wurden noch Anfang der 1950er-Jahre rund 10 % der Wertschöpfung hier erzielt, sank dieser Wert im Lauf der Jahrzehnte kontinuierlich auf aktuell weniger als 1 %. Ungefähr bis Ende der 1960er-Jahre stieg dagegen der Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes von 51 % auf 58 % an. Es ist zu vermuten, dass das Baugewerbe an dieser Expansion einen nicht unerheblichen Anteil hatte, da die Behebung der Wohnungsnot auf der Prio-



© Gerd Altmann / pixelio.de

Dipl.-Staatswissenschaftler Dr. Udo Vullhorst ist Referent im Referat „Wirtschaftswissenschaftliche Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

<sup>1</sup> Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1885.

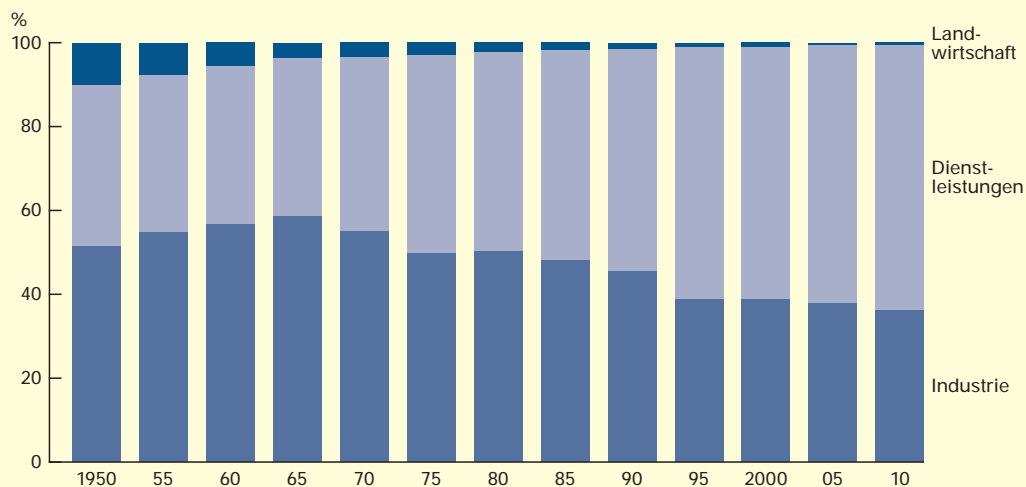
<sup>2</sup> Statistik des Deutschen Reichs, Bände 202 und 205.

<sup>3</sup> Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.): Das Land Baden-Württemberg im Zahlenbild, in: Statistik von Baden-Württemberg, Band 17, Stuttgart 1955, S. 12f.

<sup>4</sup> Die gesellschaftliche Bedeutung ist selbstverständlich umfassender als ihr Wertschöpfungsanteil ausdrücken kann.

S1

## Anteile an der nominalen Bruttowertschöpfung (BWS) Baden-Württembergs 1950 bis 2010



Datenquelle: AK VGR der Länder; eigene Berechnungen; 1950 bis 1969: WZ 79; ab 1970: WZ 03.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

157 12

ritätenliste weit oben stand. Der Anteil des Dienstleistungssektors blieb dagegen mit durchschnittlich 38 % einigermaßen konstant.

Die relative Bedeutung der Dienstleistungen nahm erst etwa mit Beginn der 1970er-Jahre kontinuierlich zu. Auf welche Teilbereiche dies in erster Linie zurückzuführen ist, lässt sich hier nur andeuten, da verschiedene Revisionen der Wirtschaftszweigsystematiken keine tiefer gegliederte bruchlose lange Reihe von 1950 bis heute erlauben. Eine Zahl mag vielleicht die

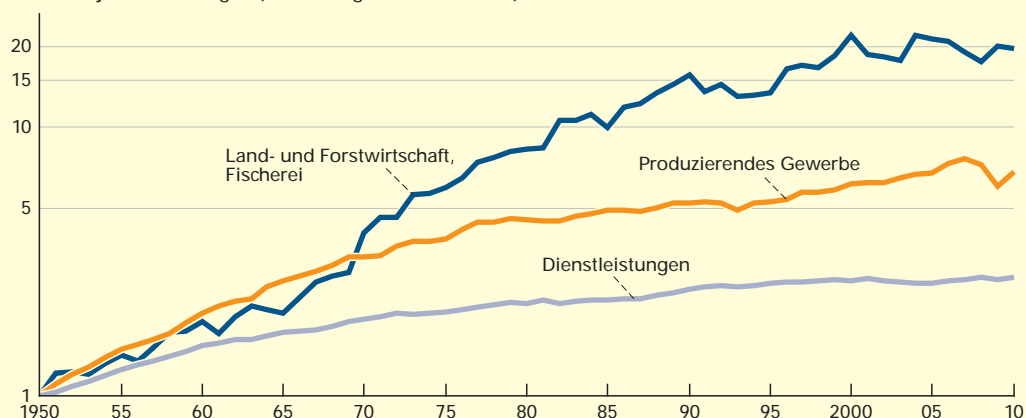
Richtung illustrieren. Zwischen 1950 und 1997 hat sich der Wertschöpfungsanteil der Dienstleistungsunternehmen etwa verdreifacht und damit stärker ausgedehnt als die der Bereiche „Handel und Verkehr“ sowie „Staat und private Haushalte“.

Seit Anfang der 1980er-Jahre übertrifft schließlich die Wertschöpfung des Dienstleistungssektors die des Produzierenden Gewerbes. Im Jahr 2010 wurde die baden-württembergische Wirtschaftsleistung zu knapp 1 % in der Land-

S2

## Produktivitätsentwicklung nach Sektoren in Baden-Württemberg 1950 bis 2010

BWS real je Erwerbstätigen (1950=1; logarithmierte Skala)



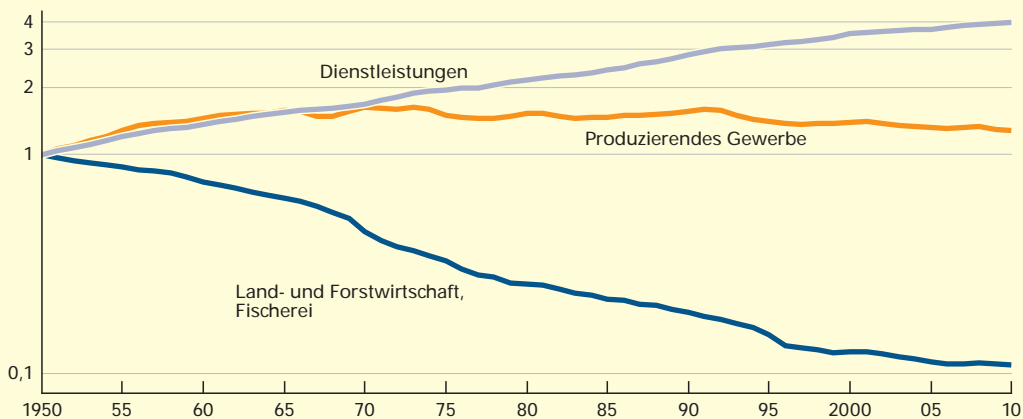
Datenquelle: AK VGR der Länder; eigene Berechnungen; 1950 bis 1969: WZ 79; ab 1970: WZ 03.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

158 12

## S3 Beschäftigungsentwicklung nach Sektoren in Baden-Württemberg 1950 bis 2010

Anzahl der Erwerbstätigen (1950=1; logarithmierte Skala)



Datenquelle: AK VGR der Länder; eigene Berechnungen; 1950 bis 1969: WZ 79; ab 1970: WZ 03.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

159 12

wirtschaft, zu 36 % in der Industrie und zu 63 % in den verschiedenen Dienstleistungsbereichen erarbeitet. Zwar ist der bundesweite Wertschöpfungsanteil des Dienstleistungssektors mit 71 % höher, allerdings werden gerade in Baden-Württemberg viele Dienstleistungen von den forschungsintensiven Industrieunternehmen selbst erbracht, so dass dieser Wert in Baden-Württemberg die Situation unterzeichnet.

Ist das Etikett „Dienstleistungsgesellschaft“ damit eine treffende Bezeichnung für Baden-Württemberg? Der hohe Wertschöpfungsanteil legt das nahe. Jedoch sollte stets mitbedacht werden, dass das Verarbeitende Gewerbe nach wie vor als „Zyklusmacher“ anzusehen ist und die Nachfrage nach unternehmensnahen Dienstleistungen naturgemäß eng mit der Nachfrage nach Industrieprodukten verbunden ist.

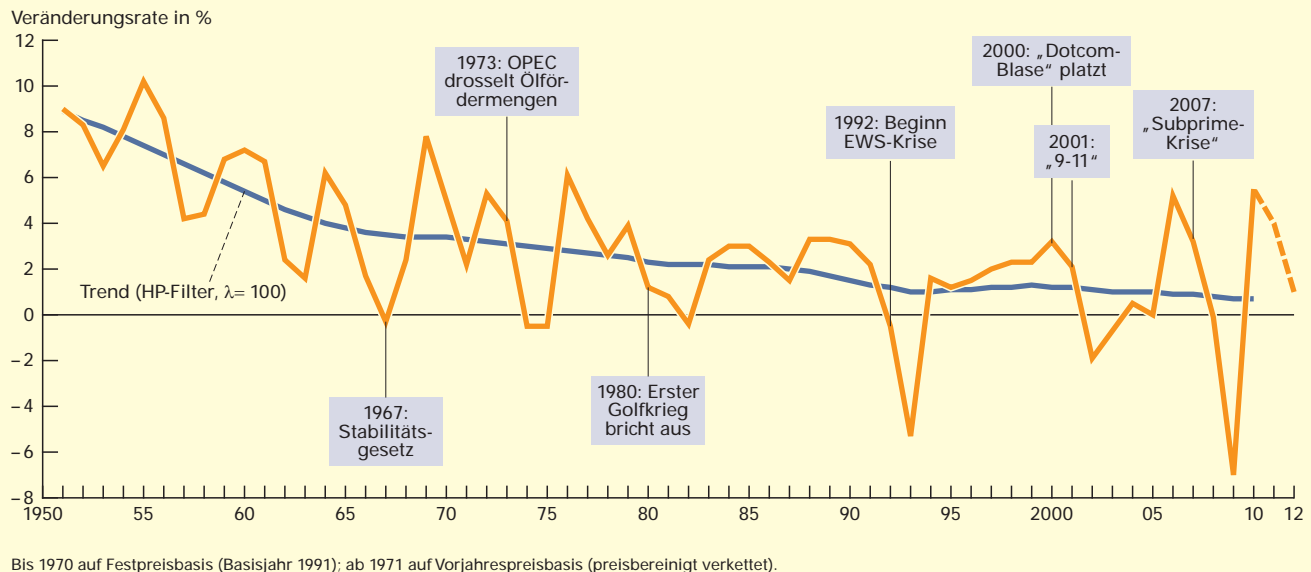
### Enorme Produktivitätsfortschritte in der Landwirtschaft

Die skizzierten Gewichtsverschiebungen vom Agrar- über den Industrie- bis hin zum Dienstleistungssektor sind bekanntlich global zu beobachtende Begleiterscheinungen des ökonomischen Fortschritts: Nachfrageseitig ist das nachvollziehbar. Mit zunehmendem Einkommen sinkt tendenziell der Anteil, der zur Befriedigung der Grundbedürfnisse aufgewendet werden muss. Gleichzeitig bekommen langlebigere Konsumgüter ein höheres Gewicht, bevor sich die Nachfrage zunehmend auch auf nichtmaterielle Güter, wie zum Beispiel Kultur, Bildung oder haushaltsnahe Dienstleistungen richtet.

Angebotsseitig, auf dem Arbeitsmarkt, führten die sektoralen Gewichtsverlagerungen keineswegs zwangsläufig zu Verwerfungen. Der enorme technisch-organisatorische Fortschritt im Agrarsektor – bedingt durch Mechanisierung und Steigerung der Erträge durch Intensivierung – wirkte sich stark arbeitskräftesparend aus. Er führte zumindest seit Mitte der 1960er-Jahre zu Produktivitätssteigerungen, die die in der Industrie und erst recht der Dienstleistungsbranchen bei weitem hinter sich ließen (*Schaubild 2*). In den vergangenen 6 Jahrzehnten stieg die reale Wertschöpfung je Erwerbstätigen, die hier die Produktivität abbilden soll, in der Landwirtschaft um den Faktor 20, in der Industrie um den Faktor 7 und in den Dienstleistungsbereichen um den Faktor 3. Damit speiste sich der zunehmende gesamtwirtschaftliche Arbeitskräftebedarf nicht nur aus dem Strom der Zuwanderer, sondern auch aus dem Reservoir der bislang im Agrarsektor tätigen Kräfte. Deren Ausbildungsstand war hoch und für die Industrie in der Regel unmittelbar nutzbar. Schließlich war der Südwesten seit jeher eher das Land der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe, die auf zusätzliche Erwerbsquellen angewiesen waren. Diese lagen in Baden-Württemberg häufiger als im Bundesdurchschnitt in handwerklicher Betätigung.

Der fortschreitende Strukturwandel wirkte sich auf dem Arbeitsmarkt so aus, dass sich die Anzahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft heute auf nur noch rund ein Zehntel des Werts von 1950 beläuft, während die Beschäftigung in der Industrie um knapp ein Drittel darüber liegt und sich der Wert bei den Dienstleistern

## S4 Reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Baden-Württemberg 1950 bis 2010



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

160 12

fast vervierfacht hat (*Schaubild 3*). Die eingangs dargestellte, vermeintlich rückständige Wirtschaftsstruktur war damit das Substrat für das künftige gesamtwirtschaftliche Gedeihen.

### „Wirtschaftswunder“ und rückläufiger Wachstumstrend – nicht nur in Baden-Württemberg

Nimmt man das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf als Maßstab, so ist die Wirtschaftsentwicklung des Landes seit 6 Jahrzehnten durch im Trend sinkende Wachstumsraten gekennzeichnet (*Schaubild 4*). Der Zeitabschnitt von der Währungsreform 1948 bis zur ersten Nachkriegsrezession 1967, manchmal auch bis zur Ersten Ölkrise Anfang der 1970er-Jahre, wird – und wurde auch schon von den Zeitgenossen – landläufig als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet. Tatsächlich war die reale Steigerung des pro-Kopf-BIP, erst recht aus heutiger Sicht, erheblich. Die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate belief sich in Baden-Württemberg zwischen 1950 und 1967 auf über 5 ½ %. Damit stieg das reale pro-Kopf-BIP in diesem Zeitraum um das Zweieinhalbfache.

Dagegen nehmen sich die Steigerungen der Folgezeit bescheidener aus. In den Jahren von 1968 bis zur Wiedervereinigung 1990 lag das Durchschnittswachstum bei knapp 3 %. Für die Zeit von 1991 bis 2011 erreichte dieser Wert – auch angesichts des bereits erreichten

hohen Niveaus – nur noch rund 1 %. Dazwischen liegen diverse „Aufs und Abs“, wobei sich besonders letztere an historischen Ereignissen festmachen lassen, die als ökonomischer Schock gewirkt haben.<sup>5</sup>

Hohe Nachkriegs-Wachstumsraten bei rückläufigem Wachstumstrend kennzeichnen nicht nur die baden-württembergische und bundesdeutsche Wirtschaftsgeschichte. Vielmehr handelt es sich um ein Phänomen, das sich in groben Zügen in verschiedenen westeuropäischen Volkswirtschaften, aber auch in Japan beobachten lässt.<sup>6</sup> Unterschiedliche Theorien wurden entwickelt, von denen folgende Argumentationslinien die größte Plausibilität beanspruchen können:<sup>7</sup> Was den materiellen Lebensstandard anbelangt, gab es bedingt durch Krieg und die vielfältigen Krisenerfahrungen der Vorkriegszeit einen offensichtlichen Rückstand Europas gegenüber den USA. Die latente Nachfrage kann natürlich nur dann wirksam werden, wenn die angebotsseitigen Rahmenbedingungen dies zulassen, was durchaus der Fall war. Der Kapitalstock wurde durch den Krieg weniger stark in Mitleidenschaft gezogen als zu befürchten war, und gut ausgebildete Arbeitskräfte standen bereit, die Umstellung von der Kriegs- auf eine Friedenswirtschaft zu meistern. Ein weiterer Faktor, der zur raschen Erholung beitrug, war die deutliche Vergrößerung der Märkte, nachdem die erste Hochphase der Globalisierung durch die Weltkriege und die protektionistische Zwischenkriegszeit unterbrochen wurde.

<sup>5</sup> Diese Thematik wurde bereits ausführlicher behandelt in: Fischer, Berthold/Vullhorst, Udo/Werner, Joachim: Wirtschaftskrisen und Konjunkturzyklen in Baden-Württemberg seit 1950, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2009.

<sup>6</sup> Lindlar, Ludger: Das missverständliche Wirtschaftswunder, Tübingen 1997, S. 30 ff.

<sup>7</sup> Diese werden gegenübergestellt in: Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 5, Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008, S. 48 ff.

Die 1960er-Jahre waren eine Dekade der Vollbeschäftigung (tatsächlich überstieg die Zahl der offenen Stellen in Deutschland die der wenigen gemeldeten Arbeitslosen bei weitem!). Dies stärkt naturgemäß die Verhandlungsposition der Arbeitnehmerseite und überträgt sich in höhere Nominallohnforderungen. Die höheren Löhne wurden teilweise, aber nicht vollständig in die Preise überwälzt. Auf diese Weise wurde einerseits die Inflation angeheizt, und andererseits verschlechterte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aufgrund der über das Produktivitätswachstum hinausgehenden Reallohnanstiege (der Ölpreisschock 1973 wirkte ebenfalls in diese Richtung).<sup>8</sup>

Wenn man ein Gesamtbild der Zeit zwischen der ersten Ölkrise und der Wiedervereinigung zeichnen möchte, fallen die – ausgehend von hohen Niveaus in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre – tendenziell rückläufige Inflationsrate, die über die Konjunkturzyklen steigende Sockelarbeitslosigkeit (*Schaubild 5*) und ein weiter rückläufiges Wachstum auf. Für die Zeit Anfang der 1990er-Jahre bis in die Gegenwart scheint sich das Trendwachstum auf niedrigem Niveau stabilisiert zu haben. Bei dem Problem der Sockelarbeitslosigkeit ist allerdings erfreulicherweise eine Trendumkehr festzustellen.<sup>9</sup>

### Die baden-württembergische Entwicklung im gesamtdeutschen Kontext

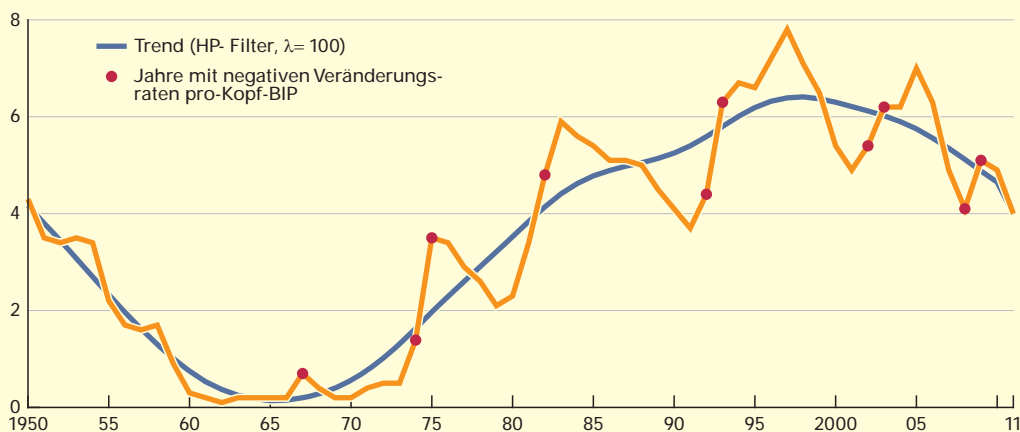
Die beschriebenen „säkularen Trends“ wirkten auf die Bundesrepublik insgesamt wie auf Baden-Württemberg, wobei regionale Besonder-

heiten zu berücksichtigen sind. Ein relativ intakter Kapitalstock, qualifizierte Arbeitskräfte und sich öffnende Märkte beschreiben auch die Situation am Vorabend der Gründung des Südweststaats – von einer „Stunde Null“ kann in wirtschaftlicher Hinsicht kaum die Rede sein. Ein indirekter Hinweis darauf, wie funktionsfähig die Anlagen im Großen und Ganzen auch im Südwesten noch waren, zeigt die Industrieproduktion in Württemberg-Baden. Anfang 1946 lag diese um zwei Drittel unter dem Wert von 1936. Im 1. Halbjahr 1948 wurden aber schon etwa halb so viele Waren hergestellt wie vor dem Krieg. Mit der Währungsreform Juni 1948 setzte dann ein kräftiger Schub ein, so dass bereits Ende 1949 das Produktionsniveau des Jahres 1936 übertroffen wurde.<sup>10</sup>

Der Zustrom an Flüchtlingen und Vertriebenen stellte in der unmittelbaren Nachkriegszeit angesichts der Knappheit von Lebensmitteln und Wohnraum sowie einer noch weitestgehend brachliegenden Wirtschaftstätigkeit eine große Herausforderung dar. Für die ersten 5 Nachkriegsjahre kann man sicherlich von deutlich höheren Arbeitslosenquoten ausgehen als zu Beginn der 1950er-Jahre (*Schaubild 5*). Immerhin – es ging aufwärts, und Alt- wie Neubevölkerung wurden in und über den Produktionsprozess integriert. Die angebotsseitigen Voraussetzungen für einen Wirtschaftsaufschwung waren damit gegeben.

Auf die Bedeutung offener (Welt-)Märkte als Wachstumsmotor wurde bereits hingewiesen. Für den Südwesten hatte dieser Aspekt in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch eine be-

## S5 Arbeitslosenquoten in Baden-Württemberg 1950 bis 2010



Bis 1993: in % aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen; ab 1994 in % aller zivilen Erwerbspersonen;  
Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit.

<sup>8</sup> Eichengreen, Barry: The European Economy since 1945: Coordinated Capitalism and Beyond, Princeton und Oxford 2007, S. 216 ff.

<sup>9</sup> Für weitere Ausführungen und Literatur siehe erneut Fischer/Vullhorst/Werner (2009).

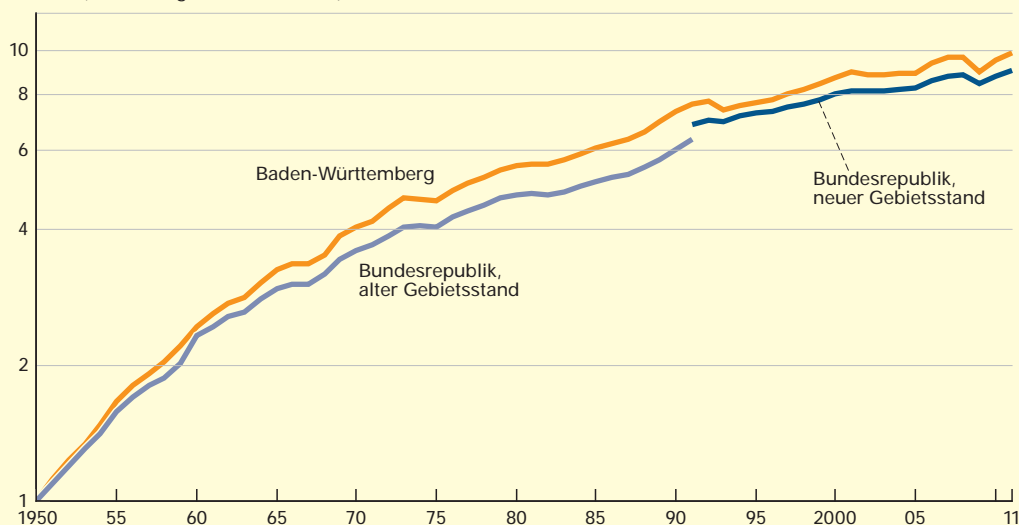
<sup>10</sup> Institut für Wirtschaftsforschung e.V. München, Außenstelle Stuttgart (Hrsg.): Die gewerbliche Wirtschaft in Württemberg-Baden 1949, S. 1.



S6

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik insgesamt 1950 bis 2011

BIP real (1950=1; logarithmierte Skala)



Bis 1970 auf Festpreisbasis (Basisjahr 1991); ab 1971 auf Vorjahrespreisbasis (preisbereinigt verkettet).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

162 12

sondere Facette. Durch die staatsrechtliche Gliederung, das heißt die Aufteilung in verschiedene Besatzungszonen und den Neuzuschnitt der Länder, wurden „althergebrachte Beziehungen und Bedingungen der Bevölkerung willkürlich zerrissen, der langgewohnte staatliche Aufbau und verwaltungsmäßige Zusammenhang gestört und unterbrochen.“<sup>11</sup> Dieser auch die Wirtschaftsentwicklung hemmende Zustand wurde mit der Gründung Baden-Württembergs überwunden.

Die skizzierten Rahmenbedingungen trugen zur ökonomischen Leistungsfähigkeit Baden-Württembergs wesentlich bei. Über den gesamten Zeitraum der letzten 6 Jahrzehnte ist Baden-Württembergs Wirtschaft stärker gewachsen als die der Bundesrepublik (*Schaubild 6*). Im Vergleich der alten Bundesländer liegt das Land hinter Bayern und vor Hessen auf dem zweiten Rang. Der Blick auf einzelne Abschnitte dieses recht weiten zeitlichen Horizonts zeigt durchaus ein differenzierteres Bild, das nachzuzeichnen hier zu weit führen würde. Ein Aspekt beispielsweise, der gerade nach der jüngsten Wirtschaftskrise und der anschließenden Erholung ins Blickfeld gerückt ist, ist das Phänomen, dass Konjunkturzyklen in Baden-Württemberg stärker ausgeprägt sind als in Gesamtdeutschland. Auch dies ist naheliegenderweise Ausdruck der genannten Rahmenbedingungen.

### Perspektiven für die Zukunft

Wie sind die Aussichten für die kommenden Jahrzehnte? Im Jahr 1954 charakterisierte der spätere stellvertretende Präsident des Statistischen Landesamts, *Prof. Dr. Hermann Haas*, die Industriestruktur des jungen Bundeslandes Baden-Württembergs als schwerpunktmäßig auf Verarbeitung und Veredelung ausgerichtet, dabei außerordentlich vielseitig, handwerklich geprägt, sowie räumlich dezentralisiert und exportorientiert.<sup>12</sup> Der damaligen Situation entsprechend hatte *Prof. Haas* eher das Produzierende Gewerbe im Blick. Jedoch handelt es sich um Eigenschaften, die man Baden-Württembergs hochinnovativer Wirtschaft insgesamt, Industrie wie – im übertragenen Sinn – Dienstleistungssektor, auch heute noch attestieren kann und die eine gesunde Grundlage für deren Zukunftsfähigkeit darstellen. ■

<sup>11</sup> Haas, Hermann: Das Land Baden-Württemberg im Rahmen der Neugliederung des Bundesgebiets, Stuttgart 1954, S. 6.

<sup>12</sup> Ders.: S. 27f.

Weitere Auskünfte erteilt  
Dr. Udo Vullhorst, Telefon 0711/641-29 70,  
[Udo.Vullhorst@stala.bwl.de](mailto:Udo.Vullhorst@stala.bwl.de)